

Leben mit Kindern
Bündnis für Erziehung und Bildung
74. Treffen, 04.12.2018
Ev. Familien-Bildungsstätte

Anwesende:

AWO SZ: Pöckler, Nicola; **FaBi Salzgitter:** Jäschke-Bortfeldt, Maritta; **DRK:** Matthias, Karin; **FD Gesundheit:** Bahlmann-Duwe, Jaqueline; **Präventionsrat:** Siems, Petra; **Wohnbau-SZ:** Stürmer, Petra; **Beratungsstelle sex. Gewalt:** Hennies, Ulrike; **Stadt Salzgitter:** Sylvia Fiedler; **FD-Kinder, Jugend...:** Rotter-Becker, Marion; **Jobcenter:** Bengelsdorf, Claudia **EFB:** Jenders, Reinhold

Entschuldigt fehlten:

Lebenshilfe: **FiZ:** Galonska, Christiane; **pro familia:** Busker, Volker; **Familienzentrum St. Josef:** Ehlers, Arne; **EFB:** Steinmann, Ramona,

Positionspapier

Es entsteht eine lange Diskussion darüber, ob und wie in diesem Papier auch die Maßnahmen der Stadt, die helfen, die bemängelten Punkte zu mildern/beseitigen genannt werden sollen. Welches ist die Intention des Positionspapiers, wie wird die Politik es verstehen? Soll im Papier auf unsere Frage gleich eine Antwort gegeben werden?

Der Redaktionskreis überarbeitet das Papier mit der Maßgabe:

- Die Empfehlungen werden vor die einzelnen Punkte gestellt
- In einem Vorspann wird deutlich gemacht, dass wir die Anstrengungen der Stadt und der freien Träger anerkennen und sehr begrüßen
- Das Papier eher kürzer als länger werden soll
- Die Einschübe vom Jugendamt (die als Vorlage bei der Sitzung verteilt wurden) ggf.in einem Anhang dargestellt werden

Termin Spielfest

Schweren Herzens legen wir den Termin wieder auf einen Sonntag, weil hier an besten die Kinder erreicht werden: So., 22.9.19

Rückblick interkulturelle Veranstaltung

- Inhaltlich war die Veranstaltung super; es gab sehr gute Anregungen
- Sie hätte besser besucht werden können; die Werbung war optimierungsfähig
- Dank an das Jobcenter für die finanzielle Unterstützung.

Verschiedenes

- Reinhold Jenders stellt zwei Untersuchungen vor; siehe Anhang

- Reinhold Jenders berichte, dass der Rat beschlossen hat, w-lan am Salzgittersee einzurichten. Da diese nicht über die gesamte Strecke möglich ist, ist als Ort der Piratenspielplatz ausgesucht. Er informiert über einen Briefwechsel an Herrn Stadtbaurat Tacke und wird gebeten, die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses hierüber zu informieren.
- Bei der nächsten Sitzung müssen wir über die Neuauflage des Familienwegweisers nachdenken.

Nächste Sitzungen

- Dienstag, den 26.02.2019, 13.30 – 15.00 Uhr, Kath. Familien-Bildungsstätte, Saldersche Str.3
- Dienstag, den 25.06.2019, 13.30 -15.00 Uhr , Evangelische Familien-Bildungsstätte, Kattowitzer Str.225

Reinhold Jenders

Gefährdungseinschätzungen der Jugendämter



23. November 2018

Die Jugendämter in Niedersachsen haben im Jahr 2017 insgesamt 10.987 Verfahren zur Einschätzung des Kindeswohles, sogenannte Gefährdungseinschätzungen, durchgeführt. Wie das Landesamt für Statistik mitteilt, entspricht dies einem Anstieg von 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2016: 10.220 Verfahren). Insgesamt waren im Jahr 2017 mit 53,2 Prozent (5.846) der Verfahren mehr Jungen als Mädchen (46,8 Prozent, 5.141 Verfahren) betroffen.

1.517 (13,8 Prozent) Verfahren wurden als "akute Kindeswohlgefährdung" bewertet. Die Zahl dieser Verfahren stieg um 18,2 Prozent gegenüber 2016 (1.283 Verfahren, 12,6 Prozent). Als häufigster Grund wurde in 872 Fällen Vernachlässigung angegeben. Anzeichen für körperliche Misshandlungen gab es in 481 Fällen, Anzeichen für psychische Misshandlungen in 466 Fällen und Anzeichen für sexueller Gewalt in 91 Fällen.

In 1.473 Verfahren (13,4 Prozent) konnte im Jahr 2017 eine Gefährdung des Kindes oder des Jugendlichen nicht ausgeschlossen werden, es lag eine "latente Kindeswohlgefährdung" vor. Die beiden häufigsten Gründe dafür waren Anzeichen für Vernachlässigung (893 Fälle) und Hinweise auf psychische Misshandlungen (399 Fälle).

Bei 4.079 Verfahren (37,1 Prozent) wurde keine Kindeswohlgefährdung und kein weiterer Hilfebedarf festgestellt. In 3.918 Fällen (35,7 Prozent) haben die Jugendämter keine Kindeswohlgefährdung festgestellt, aber weitergehenden Hilfebedarf in den Familien angeordnet.

In den Fällen, in denen eine Gefährdungseinschätzung vorgenommen wurde, waren beinahe ein Viertel der Kinder (2.547 Kinder) noch keine drei Jahre alt, von ihnen hatten 941 Kinder

(8,6 Prozent) das erste Lebensjahr noch nicht vollendet. 2.047 Kinder (18,6 Prozent) im Kindergartenalter von drei bis fünf Jahren waren betroffen ebenso 2.599 Kinder (23,7 Prozent) im Grundschulalter zwischen sechs und neun Jahren. Ein Fünftel der Kinder (2.233 Kinder) gehörte zur Altersgruppe 10 bis 13 Jahre, 14,2 Prozent waren Jugendliche im Alter zwischen 14 und 17 Jahren.

In Niedersachsen gab es damit im Jahr 2017 durchschnittlich 14 Verfahren zur Einschätzung der Gefährdungssituation von Kindern und Jugendlichen je 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. In der Stadt Oldenburg wurden mit 32 Fällen je 10.000 Einwohner/-innen die meisten Verfahren innerhalb Niedersachsens registriert, gefolgt von dem Landkreis Osterholz mit 27 Verfahren je 10.000 Einwohner/-innen. Die wenigsten Verfahren zur Einschätzungen von Kindeswohlgefährdungen mit jeweils 2 Verfahren je 10.000 Einwohner/-innen wurden in den Landkreisen Hameln-Pyrmont und Holzminden durchgeführt.

(5) ZFF: Studie des ZEW/der Bertelsmann Stiftung: Arme Familien brauchen mehr Geld!

Anlässlich der heutigen Veröffentlichung der Studie des ZEW im Auftrag der Bertelsmann Stiftung „Kommt das Geld bei den Kindern an?“, unterstreicht das Zukunftsforum Familie (ZFF) die Bedeutung wirksamer Reformen des Familienlastenausgleichs für die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern.

Birgit Merkel (stellv. Vorsitzende des ZFF) erklärt zu den Ergebnissen der Studie: „Arme Eltern sparen eher bei sich, bevor sie an den Kindern sparen und geben täglich alles dafür, dass ihre Kinder gut aufwachsen. Leider findet diese Familienrealität in vielen politischen Debatten nur wenig Beachtung und Vorurteile oder das berühmte „Bauchgefühl“ verhindern wirksame Reformen der Familienförderung. Daher ist es gut, nun schwarz auf weiß nachlesen zu können: Direktzahlungen in die Familie werden nicht zweckentfremdet. Mehr noch: Höhere Geldleistungen für Kinder führen zu einer besseren Teilhabe an Kita, Sport oder Musikschule. Spätestens mit dieser Studie ist nun hoffentlich Schluss mit einer Haltung, die arme Familien bevormundet.“

Merkel erwartet umfassende Reformen des Familienlastenausgleichs: „Die aktuell geplante Reform des Kinderzuschlags ist ein guter Schritt, da künftig einkommensarme Familien mehr Geld in der Tasche haben werden. Am untersten Ende der Einkommensleiter geht jedoch auch diese Reform vorbei. Wir brauchen endlich eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung, die sozial gerecht, einfach und transparent ist und alle Kinder in unserem Land endlich aus der Armut befreit!“

Quelle: Pressemitteilung des Zukunftsforums Familie vom 21.11.2018